

INTERESSE

Kunst & Aktionismus: Gegen oder für die Gesellschaft?

Klimakleber*innen führen zu Kontroversen. Kann so die gewünschte gesellschaftliche Wirkung erreicht werden? Wie sind Attacken von Klimaaktivist*innen im Kontext von Kunst und Aktionismus einzuordnen?

Von Siglinde Lang

In der Kunst der Postmoderne haben Kunst und Aktionismus zentrale Bedeutung: Ob Wiener Aktionismus, öffentliche Performances von Valie Export oder jüngere urbane Interventionen alla "nikeground.com – rethinking space" – künstlerischer Aktionismus überschreitet Grenzen. Mit dem Ziel, gesellschaftliche Wirksamkeit zu erreichen, wird aktiv in soziale und politische Agenden interveniert. Die Menschen beziehungsweise das Publikum wachzurütteln, sie zu ermutigen, eigene Grenzen und festgefahrene Haltungen zu durchbrechen, war und ist diesen künstlerischen Aktionen verbindend. Folglich erscheint Aktivismus in der Kunst angesichts der Klimakrise naheliegend. Doch inwiefern sind Attacken von Klimaaktivist*innen im Kontext von Kunst und Aktionismus einzuordnen?

Radikal waren die frühen Auftritte der Wiener Aktionist*innen ab den frühen 60er Jahren. Als sich Herman Nitsch, Adolf Frohner und Otto Mühl im Perinetkeller („Die Blutorgel“, Wien 1962) ein- und wieder ausmauerten, reagierte die Öffentlichkeit mit Entsetzen. Das Ziel dieser und zahlreicher anderer Aktionen war, die Nachkriegsgesellschaft in ihrer alltäg-



lichen Ausblendung (zeit-)geschichtlicher Ereignisse zu provozieren und Fragen der Mitverantwortung und Reflexion des eigenen Handelns zu enttabuisieren. Die assoziative Wirkung des in diesen Aktionen verwendeten Opferlammes, der rituelle Verweis des Einkerkers und der folgende Akt der Befreiung durch das Publikum verweisen auf das Zusammenwirken symbolischer und interpretativer Elemente in einem inszenierten, bewusst aggressiven Handlungsstrang.

Als Valie Export in den späten 60er-Jahren auf der Wiener Kärntnerstraße mit Peter Weibel spazieren ging, löste sie Unverständnis und massive

Irritationen aus. Denn die Künstlerin führte ihren damaligen Lebenspartner wie einen Hund an einer Leine. Diese schlichte, jedoch eindeutige Performance („Mappe der Hundigkeit“, Wien 1968) führte sowohl unter Pasant*innen als auch in den Medien zu einer breiten Abwehrhaltung. Denn diese publikumswirksame Performance inszenierte vorherrschende Rollenbilder: „Die Befreiung der Frau aus der Knechtschaft des Mannes wurde spielerisch und provokativ bis zum Extrem getrieben.“¹ Mit dieser Aktion im öffentlichen Raum radikalisierte das Künstlerpaar die Geschlechterverhältnisse in ihren damals vorherrschenden Zuschreibungen.

Im Oktober 2003 sorgte ein futuristisch anmutender gläserner Pavillon am Wiener Karlsplatz für einen „Riesen-Wirbel“². Der begehbare Baukörper annoncierte die Umbenennung des prominenten Wiener Platzes in „Nikeplatz“ und war weitreichend sichtbar mit dem Logo des internationalen Sportartikelkonzerns gebrandet. Pasant*innen konnten sich in der Ausstellung über die Pläne für die Errichtung eines 36 Meter hohen Monuments und die Umbenennung des historischen Platzes informieren. Medial und öffentlich wurde heftig debattiert, auf wel-

Fortsetzung von Seite 1

cher Rechtsgrundlage diese Namensänderung passiere – und inwiefern diese als moderne Ausgestaltung öffentlicher Plätze anzusehen wäre. Erst nach Wochen entlarvte sich das Projekt als temporäre Kunstaktion, die von der österreichischen Netzkultur-Plattform Public Netbase in Kooperation mit dem Kollektiv 0100101110101101.ORG realisiert wurde und eine Reaktion auf die zunehmende kommerzielle (Werbe-)Nutzung des öffentlichen Raums darstellte.

Kunst, Öffentlichkeit und Medien als Triangel kritischer Interventionen

Die Trennlinien von Kunst und Leben zu überwinden, ist diesen drei – beispielhaften – österreichischen Kunstaktionen verbindend. Der öffentliche oder auch halböffentliche Raum, die unmittelbare Ansprache von und (zumeist) kontroverse Interaktion mit der Bevölkerung sind Basis dieser aktivistischen Projekte. Mittels der Inszenierung, vielmehr Vorführung gesellschaftlicher Verhaltensweisen und Einstellungen, wird eine Bühne für öffentliche Debatten errichtet. Den Medien als Berichterstatern und Meinungsbildnern kommt ebenfalls eine zentrale Rolle zu.

Als provokativ, aggressiv, radikal, irritierend und verstörend wurden im Spätherbst 2022 auch jene Aktionen wahrgenommen, die Klimaaktivist*innen in Museen durchführten. Nicht nur in Österreich, sondern in zahlreichen europäischen Kunstinstitutionen beschütteten Mitglieder der „*Letzten Generation*“ Ausstellungsobjekte mit Farbe oder klebten sich an diesen fest. In Österreich war es vor allem die Aktion im Wiener Leopoldmuseum, die eine umfassenden öffentliche Debatte auslöste. Am 15. November 2022 schüttete Florian Wagner Öl auf das Kunstwerk „*Tod und Leben*“ von Gustav Klimt, sein Mitstreiter Lorenz Trattner klebte seine Hand an die Schutzscheibe.

Intention dieser Attacke sei, „dass die Politik das Ausmaß der Klimakrise anerkennt [...] und dementsprechend handelt“³, erklärte der Aktivist Wagner in einem diesbezüglichen Interview. Das Leopold Museum als Schauplatz der Aktion wurde bewusst ausgewählt, da der Ölkonzern OMV als Hauptsponsor für das Ausstellungsprogramm ausgewiesen sei. Die beiden Aktivisten begründeten den Ort dieser konkreten Intervention auch damit, dass die Vernichtung fossiler Brennstoffe und die Verflechtungen von Politik und Wirtschaft in der öffentlichen Agenda kaum thematisiert würden.

„Wir wollen keine Menschen verärgern“⁴, betonte Lukas Trattner gegenüber der Tageszeitung HEUTE. Vielmehr agiere die *Letzte Generation* aus einer gesellschaftlichen Dringlichkeit, einem Notstand, heraus: „Wir haben alle Mittel, die uns als demokratische Bürger zur Verfügung stehen, ausgeschöpft“. Mit Verweis auf bisherige Demonstrationen und das Klimavolksbegehren, die Trattners Meinung nach keine – zumindest keine ausreichenden – politischen Veränderungen zur Folge hatten, sieht der Klimaaktivist, Attacken auf Kunstgemälde als „legitimes“⁵ Mittel.

Museumdirektor Hans-Peter Wipplinger sieht in diesem Angriff auf Kunstwerke jedoch das „falsche Mittel“ und betont, dass seiner Ansicht nach Aktionen dieser Art „der falsche Weg“ seien, „um ein Umdenken in der breiten Öffentlichkeit zu erreichen“⁶. Auf der österreichischen Website der „*Letzten Generation*“ wird darauf Bezug genommen: „Eine Demonstration vor der OMV schafft es nicht auf die Titelseite, etwas Farbe auf einer Glasscheibe im Museum schon.“⁷ Nicht als Attacke auf die Kunst sei die Aktion zu werten, vielmehr sei die Kunst – sowohl Kunstsektor als auch Kunstobjekt – Bühne und Medium: „Wir nutzen die Kunst, damit das Ausmaß der Klimakrise auf der emotionalen Ebene erfahrbar wird durch unsere Inszenierung.“⁸

Kunst als Vehikel, gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten

Auf die Wiener Aktionisten reagierte die Wiener Bevölkerung seinerzeit mit Entsetzen, Valie Export und Peter Weibel wurden aufgrund ihrer öffentlichen Performance kurzzeitig inhaftiert, und die Aktion am Karlsplatz hatte einen Rechtsstreit mit dem Markenkonzern zur Folge. Aus heutiger Sicht und im Abstand der Zeitgeschichte erscheinen die Auftritte von Hermann Nitsch & Co als unabdingbarer Versuch, einer Nachkriegsgesellschaft in ihrer naiven Ausblendung einen (verstörenden) Spiegel vorzuhalten. Valie Export gilt unbestritten als Kunstikone eines befreienden Feminismus. Und nicht die Stadt Wien, aber Städte wie Grenoble in Frankreich, Bergen in Norwegen oder Sao Paulo in Brasilien haben Werbeverbote in innerstädtischen öffentlichen Zonen bereits umgesetzt.⁹

Kunst hat, oder hat auch, seismografische Funktion.¹⁰ Seismografisch umfasst das Vermögen, Erschütterungen, Spannungen, Schwingungen als auch – im übertragenen Sinne – Stimmungen, Gefühle und (potenzielle) Einstellungen zu erspüren. Als zeitgenössische Kunst blickt Kunst in ihrer Gegenwärtigkeit kritisch auf einen gesellschaftlichen und/oder politischen Status Quo. Wird ein Intervenieren in diesen Status Quo als unabdingbar angesehen, ist Aktionismus die Folge. So hat etwa auch Peter Weibel die damalige Aktion mit Valie Export folgendermaßen kommentiert: „Wenn die Sprache [...] das Unrecht nicht mehr ausdrücken kann, hilft nur mehr die direkte Aktion.“¹⁰ Dass diese direkten Aktionen zum Zeitpunkt ihrer Realisierung als sogenannter „ziviler Ungehorsam“ wahrgenommen werden, ist im Kontext ihrer Gegenwärtigkeit und ihrer seismografischen, gesellschaftlichen Funktionalität zu verorten.

„Wir tragen unseren zivilen Widerstand in die Öffentlichkeit, damit wir die Gesellschaft nachhaltig auf-

rütteln, statt nach einem Tag vergessen zu werden“, ist auf der Website der *Letzen Generation* nachzulesen. Auch wenn die „Mittel“ vorerst fragwürdig erscheinen, bleibt aus Perspektive der Kunst(geschichte) abzuwarten – und aus persönlicher Sicht, eindring-

lichst zu hoffen – dass ein scheinbares Intervenieren „gegen“ als ein mutiges Agieren für die Gesellschaft (rasch) anerkannt wird. Zielgerichtetes klimapolitisches Handeln würde dann wohl endlich zur Selbstverständlichkeit werden!

Quellen:



Ass.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Siglinde Lang, M.A.; Institut für Kunst in gegenwärtigen Kontexten und Medien, Katholische Privat-Universität Linz

Respekt für Sexarbeitende

In der Ausgabe 2022/4 dieser Zeitschrift wirbt der Autor Hans Eidenberger für das „Nordische Modell“ des Verbots und der strafrechtlichen Sanktionierung des Sexkaufs.

Der Autor nimmt für sich in Anspruch, im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu argumentieren und patriarchale Denkmuster zu hinterfragen, die Menschenwürde zu stärken und das neoliberale Wirtschaftssystem zu bekämpfen.

Wir glauben, dass Eidenberger diesen Anspruch verfehlt. Wir widersprechen seiner Argumentation aus wenigstens drei Gründen und plädieren demgegenüber für besseren Schutz und Unterstützung von Personen, die erotische und sexuelle Dienstleistungen anbieten, sowie für eine Verbesserung der arbeits- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen der Sexarbeit. Wir schließen uns damit den Positionen u.a. der Berufsvertretung Sexarbeit Österreich (BSÖ), dem Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen Deutschland e.V. (BesD) und anderen Wohlfahrtsverbänden an, die wichtige advokatorische und sozialprofessionelle Dienste im Umfeld der Sexarbeit leisten.

Phänomen Sexarbeit

1. Das Phänomen Sexarbeit ist in empirisch-sozialwissenschaftlicher Betrachtungsweise unübersichtlich und verzweigt. Es reicht von zweifellos äußerst kritikwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Sexarbeitenden über eine große Vielfalt unterschiedlicher erotischer Angebote bis zu sexuellen Dienstleistungen für beispielsweise Menschen mit Behinderung (Sexualbegleitung/Sexualassistenz). Diese Vielgestaltigkeit wird von Eidenberger ausgeblendet, wie umge-

kehrt die Kriminalisierung des Sexkaufs als Lösung der Probleme beboren wird. Tatsächlich belegen inzwischen zahlreiche Studien negative Effekte des Sexkaufverbots des „Nordischen Modells“; vgl. z.B.: „Auswirkungen des Nordischen Modells – Studienergebnisse zur Prostitutionspolitik in Schweden und Norwegen“ (Deutscher Bundestag 2020). Insgesamt verleiht ein Sexkaufverbot nicht den Sexarbeitenden mehr Gestaltungsmacht, sondern den Kund*innen. Das Ziel einer Stärkung der Position der Personen, die sexuelle Dienste anbieten, ist anhand der Datenlage ebenso wenig nachweisbar wie das Ziel der Bekämpfung des Menschenhandels. Natürlich bestreiten wir nicht, dass auch gesetzliche Regelungen, die kein Sexkaufverbot vorsehen, wie etwa das deutsche Prostitutionsschutzgesetz, erhebliche Defizite aufweisen; eine nüchterne, sachliche, regelmäßige Evaluation der unterschiedlichen Regelungsmöglichkeiten ist selbstverständlich geboten.

Sexarbeit ist differenziert

2. Auch aus ethischer Perspektive stellt sich eine Bewertung der Sexarbeit bei weitem differenzierter dar, als es im Beitrag angedeutet wird. Aus Respekt vor der Autonomie der Sexarbeiter*innen sollte man ihnen nicht mit paternalistischem Gestus pauschal absprechen, dass sie ihr Leben selbstbestimmt führen. Im Beitrag aber wird suggeriert, dass Sexarbeiter*innen erst durch den „Ausstieg aus der Prostitution“ zu einem selbstbestimmten Leben

Dr.ⁱⁿ Katja Winkler und Dr. Christian Spieß, Katholische Universität Linz; Institut für Christliche Sozialwissenschaften Johannes Schasching SJ

finden können. Das ist – in dieser Pauschalisierung – respektlos und trägt zur Verächtlichmachung der Personen bei, die sexuelle und erotische Dienstleistungen anbieten. Zwar ist es ein Gewinn an Freiheitsspielräumen, wenn Sexarbeitende alternative Arbeitsmöglichkeiten haben. Aber wer, wenn nicht die Sexarbeiter*innen selbst, können Auskunft darüber geben, was für sie ein selbstbestimmtes Leben ist?

Respektvoller und wertschätzender Umgang

3. Viele Organisationen der Wohlfahrtspflege und der Sozialen Arbeit bemühen sich um einen respektvollen und wertschätzenden Umgang mit Sexarbeitenden. In Oberösterreich steht dafür in vorbildlicher Weise die Beratungsstelle LENA für Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind oder waren.

Diese Arbeit lebt davon, Sexarbeitende in ihren Lebenssituationen und mit ihrem Beruf zu respektieren, sie in ihrer Lebensführung und Berufsausübung zu unterstützen. Statt einen diskriminierenden Opfermythos zu nähren, in dem Sexarbeiter*innen pauschal als traumatisierte Opfer karikiert werden, sollte man auf die Vielfalt der Lebensumstände von Sexarbeitenden hinweisen, etwa auch als Elternteile und Ehepartner. Nach wie vor bietet die Studie von Helga Amesberger (Sexarbeit in Österreich. Ein Politikfeld zwischen Pragmatismus, Moralisierung und Resistenz, Wien 2014) einen unverzichtbaren Einblick in diese Vielfalt.

Öl und Gas in der EU? Eine Folgenabschätzung

Schnell fossile Energieträger aus dem Boden holen und verbrennen? Wie wir die Gefahr eines „grünen Paradoxon“ eindämmen können.

Die im vergangenen November im ägyptischen Badeort Sharm-El-Sheik abgehaltene UN-Klimakonferenz COP27 ließ den so notwendigen großen Wurf in der weiteren Minderung von Treibhausgasemissionen vermissen. Zwar wurde die Einrichtung eines sogenannten Loss-and-Damage-Fonds beschlossen, mit dem die Länder des globalen Südens – die historisch gesehen durch sehr geringe Emissionen sehr wenig zur aktuellen Situation beigetragen haben, aber am stärksten vom Klimawandel betroffen sind – für erlittene Schäden und Verluste entschädigt werden sollen. Eine Verschärfung der Länderziele zur Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen, um so die Erderwärmung zumindest abzuschwächen, konnte jedoch nicht erreicht werden. Das 2015 in Paris vereinbarte 1,5-Grad-Ziel rückt damit in vielleicht unerreichbare Ferne.

Raus aus dem Öl aber wie?

In diesem Zusammenhang taucht immer wieder die Frage auf, ob ein Verbot der Nutzung von Öl und Gas in den Industrieländern des globalen Nordens etwas bewirken könnte. Dabei gilt es allerdings zu bedenken, dass bei geringerer Nachfrage etwa in Europa nicht benötigte Mengen an fossilen Energieträgern auf andere Märkte umgeleitet werden könnten. Weniger Bedarf an fossilen Energieträgern in Europa würden deren Preis am Weltmarkt sinken lassen, und damit wohl die Nachfrage in all jenen Ländern ansteigen lassen, die keine gegen gerichtete Klimapolitik umsetzen. Zudem hätte ein solches Verbot einen weiteren, schwerwiegenderen Effekt: Es würde die Produzenten dazu veranlassen, noch vor seinem Inkrafttreten das Maximum aus dem Boden zu holen und so schnell wie möglich, selbst zu Billigpreisen, zu verkaufen, um am Ende nicht auf dann überhaupt wertlosen Rohstoffen sitzen

zu bleiben.

Das vom deutschen Wirtschaftsforscher Hans Werner Sinn als „grünes Paradoxon“ bezeichnete Dilemma ergibt sich dadurch, dass Staaten der Versu- chung erliegen könnten, diese billigen Rohstoffe einzukaufen, anstatt die Energiewende voranzutreiben. Ein einseitiges Nutzungsverbot von Öl und Gas würde in diesem Fall den Ausstoß schädlicher Emissionen also gar erhöhen.

Entschlossenes Handeln statt weiter abwarten

Auch wenn das vom grünen Paradoxon ausgehende Risiko nicht von der Hand zu weisen ist, gibt es eine Reihe weiterer Aspekte, die mitbedacht werden müssen. Mit dem Anstieg erneuerbarer Energien und dem zunehmenden, freiwilligen Verzicht auf fossile Brennstoffe kommt es automatisch auch zu geringerer Exploration, es wird also weniger intensiv nach neuen Öl- und Gasfeldern gesucht. Dadurch sinkt die auf dem Markt verfügbare Menge an Gas und Öl. Zudem besteht die Chance, dass Öl in Zukunft vermehrt für andere Produkte Anwendung findet und daher zu wertvoll sein wird, um verbrannt zu werden. Und schließlich muss auf den dynamischen Kontext verwiesen werden: Die Angst vor dem grünen Paradoxon darf nicht dazu führen, dass die Energiewende lascher vorangetrieben wird, denn je langsamer es zu einem Ausstieg aus fossilen Energieträgern kommt, desto größer ist die Gefahr, dass uns tatsächlich ein „Rush to burn“ blüht. Denn eine Verzögerung strikter Klimapolitik wird die Ölproduzenten genau zu jenem Schritt verleiten, den es zu vermeiden gilt: Besser noch heute als morgen ihr Öl aus den Lagerstätten zu Tage zu bringen.

Wichtig wird es daher sein, diese Überlegungen in die Gestaltung von Klimapolitik einfließen zu lassen, und

Karl Steininger und Robert Lackner, Wegener Center für Klima und Globalen Wandel der Universität Graz

entsprechende Maßnahmen schnell, transparent und stabil umzusetzen.

Lehren aus der Vergangenheit

Eine Ideallösung des Problems bestünde darin, dass die gesamte Welt gemeinsam an einem Strang zieht, um ungeachtet eigener Sonderinteressen die Nachfrage nach fossilen Energieträgern geschlossen zurückzufahren. Erfahrungsgemäß werden allerdings nicht alle Länder dazu bereit sein. Insofern muss sich die Staatengemeinschaft Gedanken über eine Angebotspolitik mit finanziellen Anreizen machen. Anders ausgedrückt: Förderländer könnten in Zukunft dafür bezahlt werden, die Rohstoffe im Boden zu lassen. Als historisches Beispiel für ein derartiges Vorgehen kann die Abschaffung der Sklaverei in Großbritannien dienen. Die britische Regierung wandte 1833 für Entschädigungszahlungen an Sklavenhalter 20 Millionen Pfund auf. Diese Summe, die heute den geschätzten Gegenwert von 20 Milliarden Pfund hätte, entsprach in diesem Jahr rund 40 % der Staatseinnahmen bzw. einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts und musste zu einem Großteil über Kredite finanziert werden.

Um zur eingangs erwähnten COP27 zurückzukehren: Die Grundidee zur Einrichtung eines Loss-and-Damage-Fonds geht ironischerweise auf eine Forderung ausgerechnet der Ölländer zurück, um für einen finanziellen Verlust durch eingestellte Exploration und Förderung entschädigt zu werden. Angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, sollte diese Option nicht von vornherein verworfen werden. Die Finanzierung eines solche Fonds wäre zwar kostspielig, langfristig aber jedenfalls machbar – auch die Brit*innen tilgten ihren für den Kampf gegen das Übel der Sklaverei aufgenommenen Kredit erst 2015.

Unser tägliches Brot gibt uns der Boden

Boden ist die unabdingbare Lebensgrundlage für zahlreiche Lebensformen. Aber der Boden ist viel mehr noch: Eine Nahrungsgrundlage – und das auch für uns Menschen.

Es stehen 2,6 Mio. Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche in Österreich im Zwiespalt zwischen Nahrungsmittelproduktion, Verlust durch Verbauung, Boden-, Arten- und Klimaschutz.

Brot

In Österreich liegt der Selbstversorgungsgrad von Getreide bei 94 %, von Fleisch bei 112 %. Unser Bedarf an Getreide kann somit knapp nicht gedeckt werden, bei Fleisch schon, wir können sogar einen Überschuss exportieren. Aber was ist denn mein „Bedarf“? Ist der Bedarf der, dass ich 27 % des Brotes wegwerfen kann? Der Bedarf, jeden Tag Fleisch zu essen, steigert auch den Bedarf an Getreide. Getreide, das weltweit knapp ist und durch Spekulationen für viele Menschen unleistbar wird. Wir heben den Getreidebedarf, da Getreide auch als Futtermittel verwendet wird. Würden wir nur so viel Fleisch konsumieren, wie allein durch Wiesenfutter produziert werden kann, wäre unser Getreidebedarf bei weitem niedriger. Weltweit steigende Bevölkerungszahlen, steigender Wohlstand und damit einhergehend ein steigender Fleischkonsum bedingen eine steigende Bodenausbeutung. Böden müssen unter intensiver Landwirtschaft mehr leisten als sie können. Woran wir das messen können? An Humusgehalt und Bodenstruktur.

Humus

Wie stehen Lebensmittel und Humus im Zusammenhang? Humus ist das Gold der Erde. Alles abgestorbene Leben, das kleiner als 2 mm groß ist, ist Humus. Auch wir Menschen werden einmal wieder zu lebendiger Erde. Kompost, Ausscheidungen von Wurzeln, Bakterien und Pflanzenreste bestehen aus organischen Kohlenstoff-

verbindungen und diese sind unser wertvoller Humus. Er macht die Erde fruchtbar und kann viel Wasser und Nährstoffe speichern. Hinzu kommt die Klimaschutzfunktion: Ursprung des organischen Kohlenstoffs ist die Photosynthese. Pflanzen können das CO₂ (Kohlenstoffdioxid) der Atmosphäre in Kohlehydrate umwandeln, die nichts anderes sind als organische Kohlenstoffverbindungen. Den Großteil davon brauchen sie für ihr Wachstum und 11 % des Kohlenstoffs aus der Photosynthese scheiden sie über die Wurzeln wieder aus. So werden Mikroorganismen angelockt, die Nährstoffe herbeibringen. Ein jahrtausendealter Tauschhandel. Aktiver Pflanzenbewuchs fördert also die Humusgehalte unserer Böden. Intensive Landwirtschaft bringt viel Bodenbearbeitung mit sich und senkt dadurch die Humusgehalte. Dabei wird viel CO₂ freigesetzt. Verdeutlichen lässt sich die Klimaschutzfunktion an dieser Tatsache: Weltweit ist drei- bis viermal mehr Kohlenstoff in Böden gespeichert, als in der Atmosphäre und den Pflanzen auf der Erde zusammengerechnet.

Neben Humus ist die Bodenstruktur ein weiteres Maß für die nachhaltige Produktionsfähigkeit. Stabile Böden können schweren Maschinen standhalten, vor Erosion schützen, und sehr viel Wasser in kurzer Zeit aufnehmen und speichern. In Zeiten von Starkregenereignissen und längeren Trockenperioden eine Eigenschaft, die vor Hochwasser schützt und Kulturpflanzen die Trockenheit überleben lässt. Struktureiche Böden wirken wie ein Schwamm und sehen durch ihre vielen Poren auch so aus. Bodenstruktur wird durch das Bodenleben geschaffen, da es Bodenteilchen verkleben kann. Weltmeister der Bodenverbauung ist der Regenwurm. Er lässt Blätter von Bakterien vorverdauen und frisst an-

DI Lisa Doppelbauer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Bioforschung Austria

schließend den Bakterienschleim und Tonteilchen. In seinem Darm werden diese verklebt und als stabilste Ton-Humus-Komplexe ausgeschieden, fruchtbarem Mörtel gleich. Zerstört wird Bodenstruktur vor allem dann, wenn Boden bei feuchten, nassen Verhältnissen befahren oder stark bearbeitet wird. Vor allem offene Böden sind stark erosionsgefährdet, können also leicht durch Wind verweht und durch Wasser abgeschwemmt werden. Windschutzgürtel wie Hecken und Bodenbewuchs, schaffen hier Abhilfe.

Schutz

Bodenschutzmaßnahmen sind essenziell für die Erhaltung unserer Nahrungs- und Lebensgrundlage. Doch nicht nur Landwirt*innen können einen Beitrag zum Bodenschutz leisten: Um den Boden im eigenen Garten fruchtbar zu halten, sollte er möglichst ganzjährig bepflanzt, oder mit Mulch bedeckt werden. Nach der Ernte können Gründüngungen gesät werden, nur so ist das Bodenleben zu fördern. Das Optimum für die Bodenfruchtbarkeit stellt jedoch Grünland dar: Durch die langjährige Bodenruhe der Wiesen können die höchsten Humusgehalte erreicht werden. Viele der Bodenschutzmaßnahmen sind für Landwirt*innen ein Mehraufwand, der sich über den Verkauf der Produkte bisher nicht amortisiert. Ein Teil davon wird über die maßnahmegebundenen Ausgleichszahlungen gedeckt. Die meisten Bäuer*innen stehen hinter Umweltschutz, wollen unseren Lebensraum erhalten und den Boden mit gutem Gewissen an die nächsten Generationen übergeben. Das dürfen wir uns alle zu Herzen nehmen: Schützen wir unseren Boden und unsere Umwelt indem wir regionale Biolebensmittel zu einem fairen Preis kaufen.

Wie sich unsere Gemeinden finanzieren

Gemeinden sind Orte, in denen wir leben, wohnen, arbeiten, unsere Freizeit verbringen, öffentliche Leistungen und Infrastrukturen in Anspruch nehmen. Woher kommen die finanziellen Mittel, werden sie beeinflusst?

Je nachdem wie differenziert die Einnahmenstruktur betrachtet wird, können eigene und gemeinschaftliche Steuern, Transfereinnahmen von Bund und Ländern, zweckgebundene Gebühren, Abgaben, Leistungsentgelte (z.B. der Eintritt ins Freibad) oder Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit unterschieden werden. Daneben zählen auch Verkaufserlöse (z.B. von Wohnungen, Grundstücken) oder Erträge aus Wertpapieren zu den Einzahlungen. Die zwei wesentlichsten Finanzierungsquellen – und hier im *Folgenden näher dargestellt* – sind die *Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben* (ca. 30 %) zum einen und die *gemeindeeigenen Steuern* mit Grundsteuer und Kommunalsteuer (ca. 20 %), zum anderen.

Ertragsanteile

Sie sind jener Anteil an den seitens des Bundes eingehobenen Steuern, die gemäß Finanzausgleichsgesetz den Gemeinden zukommen. Die Ertragsanteile werden entsprechend der Gemeindegröße (abgestufter Bevölkerungsschlüssel) und der Bevölkerungszahl verteilt. Zwischen 2009 und 2019 gab es kontinuierliche Steigerungen. Mit einem konjunkturellen Einbruch wie im Jahr 2020 durch die COVID-19-Pandemie, sinken die Steuereinnahmen und damit die Ertragsanteile. Diese variieren monatlich abhängig vom Steueraufkommen, das zu zwei Dritteln aus Umsatzsteuer und Lohnsteuer besteht. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht sind eine

- wirtschaftlich gute Entwicklung, günstigen Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln (Steuerpolitik, Verfügbarkeit von Flächen für Unternehmen, gut ausgebildetes Personal, usw.),
- hohe Beschäftigungsquote (Lohnsteuer) und

- hohe Konsumleistung (Umsatzsteuer)

für die Ertragsanteile vorteilhaft.

Es ist ebenso von Interesse, dass sich Unternehmen nicht nur ansiedeln, sondern auch die Steuern in Österreich zahlen (veranlagte Einkommens- und Körperschaftssteuer umfassten 2021 rund 10 % des Steueraufkommens). Die Ertragsanteile machen rund ein Drittel der finanziellen Mittel der Gemeinden aus. Gemeinsam mit den Transferzahlungen von Bund und Ländern (z.B. die Bedarfszuweisungen, die im ureigensten Sinne Gemeindemittel sind) betragen diese insgesamt sogar 44 % des Finanzierungshaushalts. Selbstverständlich kann der Anteil je nach Bundesland und nach Gemeinde variieren. In Oberösterreich lagen die Ertragsanteile im Jahr 2020 pro Kopf bei etwas über 800 €, im Vergleich dazu im Burgenland bei etwas knapp über 700 € und in Wien bei etwas unter 1.000 €. Gemeinden sind – entsprechend der Anknüpfung an die Bevölkerungszahl – daher bestrebt, ihre Einwohnerzahl, wenn möglich zu steigern bzw. zumindest zu halten, indem sie attraktive Services und Infrastrukturen anbieten. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau von leistbarem Wohnen, die Versorgung mit (betrieblichen) Baugründen (Widmungskompetenz der Gemeinden), besondere Angebote für Studierende, um den Hauptwohnsitz in der Gemeinde zu belassen oder auch attraktive Rahmenbedingungen wie z.B. Nahversorgung, aktive Kultur- und Freizeitangebote, qualitative Bildungs- und Betreuungsangebote usw., was wiederum Investitionen bzw. Folgekosten verursacht.

Gemeindeeigene Steuern

Die zweitwichtigste Quelle sind die gemeindeeigenen Steuern (z.B. Kommunal- und Grundsteuer, Interessenten-

*FH-Prof.ⁱⁿ MMag.^a Dr.ⁱⁿ Franziska Cecon
Professur für Public Management,
FH Oberösterreich, Linz*

beiträge z.B. für Aufschließungen, Hundesteuer u.a.) mit einem Anteil von ca. 20 % an der Einnahmenstruktur. Auch hier war bis 2019 ein kontinuierlicher Aufwärtstrend erkennbar.

Die 3%ige Besteuerung der Löhne und Gehälter der in der Gemeinde ansässigen Unternehmen und Betriebe bilden die *Kommunalsteuer*. Aufgrund der hohen Bedeutung ist es im Interesse von Gemeinden, sofern es die Lage, die Topographie, die Verfügbarkeit von betrieblichen Flächen u.a. ermöglicht, Betriebe aktiv anzusiedeln, die wiederum Mitarbeiter*innen anstellen und damit die Kommunalsteuereinnahmen positiv beeinflussen. Mit betriebliche Aktivitäten kann jedoch ein steigendes Verkehrsaufkommen einhergehen, Emissionen oder der Verbrauch von Boden nachteilig sein. Mit der COVID-19 Pandemie und dem Modell der Kurzarbeit, die von der Kommunalsteuerpflicht ausgenommen war, war dieser Anteil deutlich rückläufig. Die *Grundsteuer* orientiert sich an der Fläche und ist mit einem knapp 3%igen Anteil an der Einnahmenstruktur eine relativ stabile Größe. Nur Umwidmungen von land- und forstwirtschaftlichen Flächen in z.B. bebaubare Widmungen für Wohnen oder eine betriebliche Nutzung haben eine Steigerung zur Folge, da die Grundsteuer zwischen diesen Widmungen variiert. Die Ausführungen zeigen, dass Gemeinden Einfluss auf ihre finanzielle Situation nehmen können. Nicht allumfassend, nicht uneingeschränkt, aber diese Handlungsspielräume zukunftsorientiert zu nutzen, gewährleistet lebenswerte Gemeinden auch morgen!

QUELLEN:



Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

K. Cordsen: Die Weltverbesserer. Wie viel Aktionismus verträgt unsere Gesellschaft?
Aufbau Verlag, Berlin 2022, 140 Seiten.

Von Fridays For Future zur Hilfe für Bootsflüchtlinge, für Gleichberechtigung der Geschlechter bis Abrüstung usw. bilden sich Aktionsgruppen-Bewegungen. Aktivist*innen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Teilweise mischen sie im etablierten politischen System mit. Erfolge stellen sich aber nicht schnell ein, es braucht langen Atem, um die vertretenen Anliegen durchzusetzen. Es wird auf Welterlöser, auch auf Jesus Christus, zurückgegriffen. Der vorliegende journalistisch gut geschriebene Essay, gibt einen historischen Überblick, der bis zum Aktivistenkongress 1919 zurückgeht. Es werden linke und rechte Aktivist*innen beleuchtet. Schriftsteller, aber auch Manager von Großkonzernen und Aktionär*innen (Beeinflussung von Börsenkursen) nutzen sie für ihre Zwecke. Oft steckt pure Verzweiflung hinter diesen Aktionen. Daher wird auch häufig friedliche Sabotage als Mittel der Notwehr angesehen. Die Wut ist allgegenwärtig. Das sehen nicht nur linke Aktivist*innen so, sondern auch ihre rechten Pendanten (Volkszorn). Die aktivistisch motivierte Moralität gefährdet einen liberal eingestellten Aktivismus. Dieser fühlt sich nicht als allein seligmachender Aktivismus, der die ganze Welt verbessern will, sondern will nur im Kleinen handeln. Es wird interessant sein zu beobachten, wie sich der Aktivismus weiterentwickeln wird. Ein hochinteressantes Buch, das sich dem komplexen Thema leicht lesbar nähert und Ordnung in die aktivistischen Bewegungen bringt. *Unbedingte Leseempfehlung.*

A. Komlosy: Zeitenwende. Corona, Big Data und die kybernetische Zukunft.

Promedia Verlag, Wien 2022, 288 Seiten.

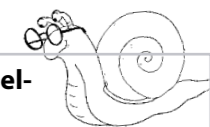
Der Übergang vom industriellen Zeitalter zum kybernetischen Zeitalter wurde durch Corona beschleunigt. Pharma-Industrie, Bio- und Nanotechnologie sind die führenden Branchen des Übergangs. Gleichzeitig geht auch die Vorherrschaft des Westens verloren. Das Buch gliedert sich in zwei Abschnitte: Langfristige Entwicklungen (Konjunkturzyklen, lange Wellen der Geopolitik und lange Wellen der menschheitsgeschichtlichen Evolution), während Abschnitt zwei der Frage nachgeht, wie die Maßnahmen der Sars-Cov-2 Bekämpfung diese Zyklen beschleunigten. Es ist nicht an eine völlige Zurückweisung digitaler Erregenschaften gedacht, sondern kann auch zur Unterstützung beim Rückbau globaler Abhängigkeiten zur Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen eingesetzt werden. Eines der ersten Bücher, das sich den langfristigen Auswirkungen der Pandemie widmet.

M. Marterbauer/M. Schürz: Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht.

Paul Zsolnay Verlag, Wien 2022, 383 Seiten.

Die neoliberale Wirtschaftspolitik betrachtet Angst als unterstützenden Faktor ihrer Intentionen. Sie schürt deshalb Angst vor einem sozialen Abstieg oder der Altersarmut, oder vor einem bevormundenden Staat. Was kann nun dieser Angst entgegengesetzt werden? Ein gut funktionierender Sozialstaat mit hohen Mindeststandards, ebenso als auch leistbares Wohnen. In einer Gesellschaft, in der es zahlreiche Milliarden*innen gibt, darf es keine Armut geben. Deshalb die wiederkehrende Forderung nach einer Vermögens- und Erbschaftssteuer. Die Angstmacherei kann durch Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht, verhindert werden. Deshalb ist Ausdauer vonnöten, um die Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft zu bewahren.

Suppe im Schnösel-schuh



Gibt es Schöneres, als durch einen kleinen Akt Sand ins schadbringende Weltgetriebe zu bröseln? In meinen Ohren hat „Aktionismus“ keinen schlechten Klang. Er kann so viel mehr sein als gemeine Zerstörung. Er kombiniert im besten Fall Protest gegen die eigene Ohnmacht mit Protest gegen die Mächtigen. Darum ficht es mich nicht besonders an, wenn junge Leute die Schutzgläser vor Kunstwerken besudeln. Ich hoffe nur, dass das Putzpersonal anständig bezahlt wird. Mit Essen spielt man nicht, aber hier geht es um ernste Anliegen. Die Treffsicherheit der Kunst-Besuppung zeigt sich am Bahö in der Zielgruppe: Es tobt hauptsächlich das höhere Bürgertum, also Leute, die ihren Beitrag zur Weltrettung darin sehen, dass der neue SUV einen Hybrid-Antrieb und der Zweitwohnsitz eine Photovoltaikanlage hat.

Für mich war das digitale Veramschen des Klimt-„Kusses“ als NFT der größere Frevel. Was NFTs genau sind, habe ich mich geweigert zu verstehen, irgendwas mit Blockchain und Kryptographie. Schnell entpuppte sich der Bildfutzerverkauf nicht nur als Flop, sondern als mords CO₂-Schleuder. Keine Ahnung, wem man für diese Idee Tomatensuppe in die Maßschuhe kippen könnte, verdient wär's jedenfalls.

Ganz anders der Püree-Protest. So bekommt ein Kunstwerk, das von Millionen Augen in sterilen Museumskästen vielleicht schon ganz fadenscheinig geschaut ist, seine gesellschaftspolitische Kraft zurück! Mir wäre es nur lieber, wenn der Aktionismus seine wahren Ziele besser ins Visier nähme. Warum sich nicht auf der Zufahrt zur KTM-Motohall festkleben? Oder mit einer postmodernen Inszenierung des „Rings der Nibelungen“ die Westring-Baustelle okkupieren? Auf die Diskussion über Sinn und Wert dieser Interventionen freue ich mich sehr.

Ihre Weinbergsschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse

TERMINE

Verschörungstheorien – Menschen auf der Suche

Zum Umgang mit Verschwörungserzählungen und ihren Anhänger*innen
Di., 28. Februar 2023, 19 Uhr
Referent: *Mag. Herbert Mühringer, Weltanschauungsfragen Diözese Linz*
Nähere Informationen:
<https://www.dioezese-linz.at/institution/8045/aktuelles/article/214010.html>

Stadtspaziergang mit prominenten Linzer*innen

Im Dialog mit der Stadt Linz
Fr., 24. März 2023, 14.45 bis 16.30 Uhr
Referent: *Bischof Manfred Scheuer, Diözese Linz*
Nähere Information:
<https://www.dioezese-linz.at/urbiorbi>



Es braucht Alternativen – Gestalten wir gemeinsam eine lebenswerte Zukunft!

Auto stehen lassen & Öffis nutzen
Autofasten ist ein wirksames Mittel zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und hilft daher, den Konsequenzen des Klimawandels entgegenzuwirken.

Die von der katholischen und evangelischen Kirche getragene Initiative vom **Aschermittwoch, 22. Februar bis Karsamstag, 8. April 2023** lädt ein, das eigene Mobilitätsverhalten zu überdenken und auf sanfte Mobilität umzusteigen.
Weitere Infos: www.autofasten.at oder folgen Sie uns auf www.facebook.com/Autofasten.

Europäische Union Menschenrechte an den Grenzen

Die Europäische Union steht vor neuen, vielfältigen Herausforderungen: Der Krieg in der Ukraine zwingt viele Menschen zur Flucht. Gleichzeitig warten tausende Menschen aus anderen Krisenländern an den EU-Außengrenzen auf die Chance, in einem europäischen Land, um Asyl anzusuchen oder sind auf gefährlichen Wegen in die EU eingereist. Der Umgang mit schutzsuchenden Menschen, die über das Mittelmeer oder andere Routen versuchen, in einem sicheren EU-Land Hilfe zu erhalten, steht weiter stark in der Kritik.

Wir wollen, gemeinsam mit Expert*innen, fragen und diskutieren:

- Werden Menschenrechte für Geflüchtete auf dem Altar des Populismus geopfert?
- Welche Rolle spielt die EU, welche Aussagen trifft sie, was passiert in der nationalen Politik?
- Wie ist der aktuelle Umgang mit flüchtenden Menschen in der EU und insbesondere in Österreich und wie kann dieser in Zukunft gestaltet werden?

Gesprächspartner*in:

Mathilde Schwabeneder, Radio- und TV-Journalistin, Vorsitzende des Linzer Vereins SOS Menschenrechte
Philip Czech, Geschichte- und Rechtswissenschaftler, Leitung des Geschäftsbereichs Forschung & Publikationen Österreichischen Institut für Menschenrechte

Ort: Bildungszentrum Maximilianhaus, Gmundner Str. 1b, Attnang

Termin: Mittwoch, 1. März 2023, 19.00 bis 21.00 Uhr

Anmeldung bis 24. Februar erbeten: maximilianhaus@dioezese-linz.at oder ☎ (07674) 66 550

Eintritt: Freiwillige Spenden für Volkshilfe IBB Vöcklabruck.

Kooperationsveranstaltung mit:

Diözese Linz, Soziales & Caritas, Bereich 3, Fachbereich Gesellschaft und Soziales, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz



Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.ª Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales, Diözese Linz, Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Katholische Kirche
in Oberösterreich

